

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2018

Seniorenpolitische Forderungen der LandesSeniorenVertretung Bayern

Themenbereiche:

1. Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes
2. Altersarmut
3. Pflege
4. Wohnen und Leben im Alter / Barrierefreiheit / Rollstuhlgerechtigkeit
5. Bezahlbarer Wohnraum
6. Mobilität / Infrastruktur
7. Wohnortnahe ärztliche Versorgung
8. Altersdiskriminierung
9. Ausbau von Seniorenvertretungen
10. Ehrenamtskultur

Wir werden gefördert von:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient. Vorsitzender: Franz Wöfl, Stellvertreter/in: Hanka Schmitt-Luginger, Josef Niederleitner, Bernd Fischer

1. Umsetzung der Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte

Seniorenpolitische Gesamtkonzepte sind mittlerweile in nahezu in allen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert. Während einige Landkreise und kreisfreie Städte sich sehr aktiv bereits in der zweiten Phase der Umsetzung ihres SPK befinden, ruhen bei anderen die Konzepte nach deren Erstellung.

Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen?

2. Altersarmut

Ein wachsender Teil der älteren Bevölkerung in Bayern ist von (relativer) Altersarmut bedroht.

Wie sehen die strategischen Planungen Ihrer Partei zur Bekämpfung bestehender und zur Vermeidung zukünftiger Altersarmut aus?

3. Pflege

Die LSVB ist der festen Überzeugung, dass bedingt durch den demographischen Wandel die Wertschätzung der Altenpflege in der öffentlichen Wahrnehmung gravierend verbessert werden muss. Für die LSVB gehören hierzu:

- Eine Anhebung des Pflegeschlüssels.
- Eine deutliche Anhebung der Vergütung für Pflegeberufe.
- Eine Vereinfachung der Arbeitsorganisation.
- Eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

Diese Forderungen treffen gleichermaßen für die hauswirtschaftliche Versorgung in Senioreneinrichtungen und bei den ambulanten Diensten zu.

Pflegewohngeld

Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind nicht in der Lage, die anfallenden Kosten in einem Pflegeheim auch nach Abzug der Leistungen der Pflegeversicherung selbst zu tragen, Die Etablierung von Pflegewohngeld, wie in anderen Bundesländern etabliert, könnte diese Härten mindern.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Situation in der Altenpflege konkret zu verbessern?

Halten Sie die im Koalitionsvertrag CDU-CSU-SPD insoweit vorgesehenen Maßnahmen für ausreichend?



a) Geriatrische Rehabilitation

Der Grundsatz „Reha vor Pflege“ ist gesetzlich in § 31 SGB XI verankert als Ziel der geriatrischen Rehabilitation, damit ältere Menschen trotz Erkrankungen und Einschränkungen eine größtmögliche Selbstständigkeit erreichen bzw. diese erhalten.

Geriatrische Rehabilitation arbeitet in interdisziplinären Teams, ist sehr maßnahmenindividuell auf den jeweiligen Patienten abgestimmt und umfasst ein breites Maßnahmenspektrum. Entfällt die stationäre geriatrische Reha als ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Pflegebedürftigkeit bzw. dem Prolongieren von Selbstständigkeit, so wird dies letztlich dazu führen, dass betroffene Personen vermehrt und immer früher ihr häusliches Umfeld verlassen müssen und in Pflegeheimen untergebracht werden.

Gegen den schon derzeit offensichtlichen Pflegenotstand, der uns sowohl in ambulanten, teilstationären, klinischen und vollstationären Settings begegnet, muss angegangen werden.

Eine Möglichkeit hierzu ist die Förderung der Kompetenzentwicklung in der Pflege, die nebenbei auch zur Qualitätssteigerung für alle Beteiligten und v. a. für die Patienten beiträgt. Akademisch qualifizierte Pflegenden können sowohl für Aufgaben in der den Patienten nahen Versorgung, dem Beratungsbereich sowie dem Managementbereich eingesetzt werden.

Worin sehen Sie die großen Herausforderungen der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern?

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern werden und wollen Sie mit der Kraft Ihrer Partei im Hintergrund fordern bzw. fördern?

3

4. Wohnen und Leben im Alter / Barrierefreiheit / Rollstuhlgerechtigkeit

Vom Freistaat werden große Anstrengungen für Barrierefreiheit im Sozialen Wohnungsbau, im öffentlichen Raum und bei staatlichen Gebäuden unternommen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung des Programms Bayern barrierefrei bis 2023, wie angekündigt, umgesetzt wird?

5. Bezahlbarer Wohnraum

Vor allem in den wirtschaftsstarken Städten und Metropolregionen (München, Ingolstadt und Nürnberg) fehlt es an ausreichendem bezahlbarem Wohnraum (Sozialwohnungen). Kommunen sind mehr und mehr in der Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen und entsprechende Flächen bzw. Baulichkeiten vorzuhalten.

Wir werden gefördert von:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient. Vorsitzender: Franz Wöfl, Stellvertreter/in: Hanka Schmitt-Luginger, Josef Niederleitner, Bernd Fischer

Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum bzw. welche Finanzierungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei hier vor?

Wie steht Ihre Partei zur Gründung einer staatlichen Landeswohnbaugesellschaft?

6. Mobilität / Infrastruktur im ländlichen Raum

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen Infrastruktur (Banken/Apotheken/Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr) ist im ländlichen Raum für Seniorinnen und Senioren besonders wichtig.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei; um dieser Prämisse gerecht zu werden?

7. Wohnortnahe ärztliche Versorgung - nicht nur flächendeckend sondern auch interdisziplinär vernetzt

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Bayern. Darüber hinaus fehlt generell eine organisierte interdisziplinäre Vernetzung der Fachärzte in Bayern.

Welche Maßnahme schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskonzepten in diesem Bereich vor?

8. Altersdiskriminierung

Die Altersgrenze von 70 Jahren für die Berufung in ein Schöffenamtsamt stellt eine Diskriminierung dar und widerspricht dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Für Bundestagsabgeordnete, Minister, Bundeskanzler gibt es keine Altersgrenze. Ältere Menschen engagieren sich ehrenamtlich weit über das Renteneintrittsalter hinaus. Gerade beim Schöffenamtsamt ist Lebenserfahrung ungeheuer wichtig. Das Schöffenamtsamt sollte auch die gesamte Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Beruf und sozialer Stellung repräsentieren.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag gegen eine Altersbegrenzung für die Berufung in das Schöffenamtsamt (aktuell 70 Jahre) ausspricht?

Wird sich Ihre Partei im Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass die Altersgrenze für Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtliche Bürgermeister in Bayern (aktuell 67 Jahre) abgeschafft wird?

Wir werden gefördert von:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient. Vorsitzender: Franz Wöfl, Stellvertreter/in: Hanka Schmitt-Luginger, Josef Niederleitner, Bernd Fischer

9. Ausbau von Seniorenvertretungen

Die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. hat den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der politische Gestaltungsrechte der älteren Bevölkerung Bayerns erarbeitet (...).

Die wesentlichen Inhalte sind:

- Klarstellung in der Bayerischen Verfassung, dass es zu den Aufgaben der Kommunen gehört, sich um die Belange der älteren Menschen zu kümmern; die Subsumtion der Belange der älteren Menschen unter die Begriffe Vormundschaftswesen und Wohlfahrtspflege ist nicht mehr zeitgemäß.
- Kommunale Altenpolitik wird Pflichtaufgabe der Kommunen.
- Verpflichtung der Kommunen, Seniorenräte einzurichten.
- Schaffung eines Landesseniorenrates auf gesetzlicher Grundlage

Haben Sie den Entwurf unseres Gesetzes schon einmal gelesen?

Warum sind Sie gegen den Vorschlag, in den Kommunen Seniorenräte verpflichtend einzurichten?

10. Ehrenamtskultur

In einer sich wandelnden Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement als Ergänzungsleistung unverzichtbar.

Ehrenamtliche Arbeit trägt oft entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher ist eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft engagieren, erforderlich.

Die Landesseniorenvertretung fordert daher:

- Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen und organisatorische Hilfen
- Mehr kostenfreie Fortbildungsmöglichkeiten
- Erstattung von Auslagen
- Umfassendere Versicherungsleistungen

Welche Vorstellungen in puncto einer verbesserten Anerkennungskultur des Ehrenamtes in Bayern hat Ihre Partei?

München, den 24.04.2018

Wir werden gefördert von:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient. Vorsitzender: Franz Wöfl, Stellvertreter/in: Hanka Schmitt-Luginger, Josef Niederleitner, Bernd Fischer